

Freie Demokraten

Ortsverband
Winsen (Luhe) **FDP**

Bürgerprogramm 2016-2021

Beschlossen am 02. Mai 2016

Liberaler Kommunalpolitik stärkt den Bürger!

Vor Ort entscheidet sich die soziale und kulturelle Qualität unserer Gesellschaft, die das gesamte Gemeinwesen prägt. In der Stadt kann der Bürger sich am wirkungsvollsten für die Gemeinschaftsaufgaben engagieren.

Die FDP fordert Eigenverantwortlichkeit und ist darauf ausgerichtet, dass der Regelungsanspruch von Politik und Verwaltung zurückgedrängt wird. So wird die Freiheit der Bürger respektiert und gesichert.

Die FDP will ein starkes und eigenständiges Winsen, in dem die Politik in der individuellen Verantwortung der einzelnen Bürger liegt und von ihnen bestimmt wird. In diesem Programm formulieren wir aus diesen grundsätzlichen Erwägungen die konkreten Forderungen, die wir in den kommenden fünf Jahren vorantreiben möchten.

Inhalt

- **Präambel**
- **Direkte Demokratie und Bürgerorientierte Verwaltung**
- **Rechtsstaatspartei auch im Kleinen**
- **Unternehmen der Stadt wirtschaften für Winsen**
- **Solide Finanzen sind unsere Stärke – Wir machen Winsens Haushalt wieder enkelfit!**
- **Bildung ist Zukunftsvorsorge**
- **Flourierende Wirtschaft und ein gesundes Vereinsleben als Garanten für Lebensqualität**
- **Soziale Stadtplanung vermeidet Klientelpolitik und berücksichtigt vorhandene Strukturen**
- **Verkehr und Sicherheit erhalten Lebensqualität!**
- **Verantwortungsvolle Umweltpolitik mit den Menschen vor Ort**
- **Integration – Wir wollen Akzeptanz statt Toleranz!**
- **Wir sind die Mitmach-Partei: Machen Sie unser Programm zu Ihrem**

Präambel

Seit fast 70 Jahren steht die FDP in Winsen für eine Politik, die das Individuum in den Mittelpunkt stellt und jedem einzelnen Bürger die größtmögliche Freiheit bietet. Anders als andere Parteien trauen wir dem Bürger zu, seine Angelegenheiten selbst zu regeln.

Für uns ist es selbstverständlich, dass persönliche Freiheit und Eigenverantwortung mit sozialer Verpflichtung verbunden sind. Die Winsener haben uns dabei nie enttäuscht, wie das ehrenamtliche Engagement in zahlreichen Vereinen, Verbänden und der Freiwilligen Feuerwehr belegt. Dieses Engagement wollen wir weiter unterstützen.

Grundlage der Freiheit des Einzelnen sind die Grundrechte des Grundgesetzes. Sie bestimmen, wo die Grenzen der Freiheit des Einen gegenüber der des Anderen liegen. Über allem Handeln steht mit Artikel 1 unseres Grundgesetzes die unveräußerliche Würde des Menschen. Für uns Liberale bedeutet das, dass kein Mensch je als reines Mittel zum Zweck angesehen werden darf. Jeder Einzelne muss als Selbstzweck angesehen werden. Das sind keine hohlen Phrasen, sondern ist gelebte Verfassungsrealität und die Stadt muss kompromisslos dafür eintreten.

Zur Freiheit gehört die Bereitschaft des Einzelnen, für sich und andere Verantwortung zu übernehmen. Wo immer mündige Bürger ihre Angelegenheiten selbst, in der Familie, in Gemeinschaften und Vereinen regeln können, darf die Stadt sich im Gegenzug nicht einmischen.

Das Prinzip der Eigenverantwortung zieht sich dabei durch die FDP-Programme aller Ebenen. So setzen wir uns dafür ein, dass die Kommunen mehr eigene Verantwortung übernehmen und dafür entsprechend ausgestattet werden. Die gängige Praxis, dass Bund und Land den Kommunen Aufgaben zuweisen, ohne sich Gedanken über die Praxis vor Ort zu machen oder sich angemessen an den Kosten zu beteiligen, ist nicht hinnehmbar.

Wo der Bürger sich nicht alleine helfen kann, sind die Kommunen, wo diese nicht weiterkommen das Land und erst, wenn nur eine bundeseinheitliche Regelung den Problemen begegnen kann, Berlin gefragt. Nur so verbleiben die Entscheidungen so nahe am Bürger wie möglich. Und nur so kann der Bürger verfolgen, ob und wie seine Steuergelder sinnvoll eingesetzt werden. Wir wünschen uns daher grundsätzlich mehr Einfluss der Stadt auf die Belange vor Ort.

Mögen andere politische Akteure die Stadträte im Lande auch als bloße Erfüllungsgehilfen ihrer in Land und Bund getroffenen Entscheidungen sehen, so ist die Kommunalpolitik für uns die Ebene, in der Politik auf Lebenswirklichkeit trifft und wo gewählte Vertreter und Bürger sich auf Augenhöhe begegnen.

Dass wir uns der sich daraus ergebenden Verantwortung bestens bewusst sind, drückt sich zum Beispiel darin aus, dass wir uns ein - für Winsener Verhältnisse - umfangreiches Wahlprogramm geben. Ein Programm an welches wir uns, wie auch in den vergangenen Wahlperioden, selbstverständlich die kommenden fünf Jahre gebunden fühlen.

Direkte Demokratie und Bürgerorientierte Verwaltung

Kontakt zum Staat ergibt sich zuerst in der Kommune. Die Haltung zu staatlichen Organen wird dadurch geprägt, wie der Staat als Ordnungskraft vor Ort auftritt. Die Stadt und der Kreis müssen nach Ansicht der FDP dazu beitragen, dass der Staat als hilfreich und nicht als obrigkeitstaatlich empfunden wird.

Stadtverwaltung als Dienstleister und Partner für den Bürger

Die Winsener Stadtverwaltung soll Dienstleister und Partner für den Bürger und Repräsentant des Staates vor Ort sein. Wir haben ein modernes Rathaus mit einem Dienstleistungsbereich, der durch Kundenorientierung und verantwortungsbewusste Mitarbeiter geprägt ist. Bürger sollen im Rathaus wie Kunden behandelt werden. Sie können im Bürgerbüro und vermehrt auch im Internet auf kurzem Wege die kommunalen Leistungen in Anspruch nehmen.

Durch das Internet bieten sich auf kommunaler Ebene neue Chancen zu Bürgerbeteiligung und Bürgernähe. Die FDP hat in der Vergangenheit die grundsätzliche Öffentlichkeit der Ausschusssitzungen durchgesetzt. Kommunale Drucksachen sowie Einladungen und Protokolle zu Sitzungen sind seitdem in der Regel öffentlich und wiederum auch auf Betreiben der FDP hin über das Internet zugänglich. Auch die Vorlagen, die für öffentliche Sitzungen der Ratsgremien bestimmt sind, werden interessierten Bürgern über das Internet angeboten.

Transparenz und Information: Der Rat muss bürgernäher werden

Wir wollen diesen Weg der Bürgernähe und der Information der interessierten Öffentlichkeit auch in Zukunft konsequent weitergehen. Konkret wollen wir durchsetzen, dass die Stadtverwaltung die Protokolle der öffentlichen Sitzungen und andere öffentliche Dokumente als online Abonnement (beispielsweise als Newsletter oder Newsfeed) anbietet.

Wir fordern außerdem, dass der öffentliche Teil der Sitzungen des Rates sowie seiner Ausschüsse per Video-Livestream über das Internet übertragen werden, um so künftig jedem Bürger einen Einblick in die Ratsarbeit zu ermöglichen. Alle Streams sollten zusätzlich zu den schriftlichen Protokollen außerdem auch als Mitschnitt zum Beispiel über Youtube zur Verfügung gestellt werden, damit die Öffentlichkeit auch zeitversetzt dem politischen Geschehen in unserer Stadt folgen kann.

Unsere Vision: Winsen als “Mitmach-Gemeinde”

In der auslaufenden Ratsperiode konnten wir unserem Vorschlag, eine Bürgerbefragungssatzung einzuführen, um Bürgerbefragungen überhaupt erst möglich zu machen, gegen anfängliche Widerstände durchsetzen. Dank unserer umgesetzten Forderung sind in Winsen nun vom Rat initiierte Bürgerbefragungen möglich. Wir haben hier die direkte Demokratie aktiv einen großen Schritt weitergebracht.

Doch nicht nur der Rat soll entscheiden können, ob die Bürger zu Wort kommen, sondern die FDP fordert bereits seit Jahren eine Regelung, nach der eine Bürgerversammlung jederzeit durch die Bürger eines Ortsteils herbeigeführt werden kann. Die Versammlung sollte maximal vier Wochen nachdem ein von Mindestens 1% der Bürger eines Ortsteils unterzeichneter, formloser Antrag bei der Stadt eingegangen ist, unter Beteiligung von Vertretern von Rat und Verwaltung stattfinden.

Ernst machen mit direkter Demokratie!

Zusätzlich zu unseren eigenen Ideen wünschen wir uns, dass die Stadt die bereits durch die Kommunalverfassung geregelten Wege der Bürgerbeteiligung offensiver als Angebot an den Bürger heranträgt als bisher. Vorbildlich finden wir hier die Umsetzung des Portals "Bürgertipps" für Anregungen und Beschwerden. Ähnliches wäre für Einwohneranträge, Bürgerbegehren sowie Bürgerentscheide nicht nur möglich, sondern auch sinnvoll. Inhalte eines solchen Portals sollten neben der allgemeinen Information, wie die gegebenen Instrumente funktionieren, auch Kontakte zu Ansprechpartnern der Stadtverwaltung und die Möglichkeit, für laufende Bürgerbegehren oder Einwohneranträge werben zu können, sein.

Dieses Portal könnte in Zukunft weiter in diesem Sinn ausgebaut werden. Zum Beispiel könnte man es für die Wahl eines "Bürgerkiesel" nutzen, also einem "Luhekiesel", für den die Bürger direkt Personen oder Verbände nominieren und auch wählen können. Auch könnte das Portal zu einem Forum für verschiedenste Ehrenämter werden, über das sich engagierte Bürger austauschen und vernetzen können.

Rechtsstaatspartei auch im Kleinen

Was bleibt von der Freiheit, wenn man in politischer Verantwortung ist? Das ist eine Frage, die sich nicht nur zu stellen lohnt, wenn es in den Koalitionen auf Landes- oder Bundesebene knirscht. Wir wollen im nächsten Jahr im Winsener Rat wieder Verantwortung übernehmen – ein Blick auf die „Freiheit in kommunalpolitischer Verantwortung“ lohnt sich also.

Mindestens ebenso sehr wie die durch die bekannten Koalitions- und Fraktionszwänge wird die „Freiheit in der Verantwortung“ nämlich durch ein Phänomen eingeschränkt, das in der Kommunalpolitik besonders augenfällig wird: die Bindung an Recht und Gesetz. Die „richtigen“ Parlamente machen normalerweise Gesetze und haben in erster Linie die Verfassung zu beachten. Selbst das geht oft genug schief und wird dann peinlich.

Wenn Kommunalpolitiker entscheiden, sind sie an die ganze Flut von Gesetzen gebunden, die Liberale vergeblich bekämpft haben

Räte und Kreistage, Kreis- und Verwaltungsausschüsse dagegen können sogar Verwaltungsentscheidungen „an sich ziehen“ und wissen oft gar nicht, was sie damit anrichten. Wenn Kommunalpolitiker entscheiden, sind sie dabei an eine ganze Flut von Gesetzen gebunden, die Liberale in Land und Bund unter dem Gesichtspunkt der „Subsidiarität“ vergeblich bekämpft haben.

Dann steht oft jemand der Stadt Winsen als Antragsteller gegenüber, der einen Anspruch auf eine rechtmäßige Entscheidung hat. Oft genug benehmen sich die Volksvertreter dann wie immer und versuchen ihre politischen Vorstellungen - oder die ihrer Wähler - bei Verwaltungsentscheidungen durchzusetzen. Populisten nutzen das gerne aus, um diejenigen, die sich rechtmäßig verhalten, zu diskreditieren. Die Presse versteht das selten, der Bürger noch seltener.

Rechtsstaatspartei auch dann, wenn es nicht populär ist

Das muss eine Rechtsstaatspartei dann erstmal aushalten können. Die Rechtsabteilungen der Kommunen haben vor Gericht ihre liebe Not, rein politische Entscheidungen irgendwie zu rechtfertigen, und verlieren meistens. Aber wenn ein Gericht die Entscheidung aufhebt und wenn durch die Fehlentscheidung ein Schaden entstanden ist, wird es teuer für die Kommune. Das unglückselige Reballverfahren, dass die Stadt in zwei Instanzen verloren hat, mag hier als Beispiel dienen.

Natürlich gibt es auch große Beispiele für zivilen Ungehorsam und Widerstand gegen ungerechte Gesetze – aber wenn kommunalpolitische Mächtigen-Gandhis etwa in Baugenehmigungsverfahren mit der Menschenwürde argumentieren, machen sie sich nicht nur über kurz oder lang lächerlich, sondern beleidigen auch all diejenigen, die wirklich Grund zum Widerstand haben!

Den Populisten nicht das Feld überlassen

Wir Liberale wollen unsere Verantwortung als Rechtsstaatspartei wahrnehmen. Niemand kann von ehrenamtlichen Feierabendpolitikern verlangen, durch alle Feinheiten des Verwaltungsrechts durchzusteigen. Deshalb ist es meistens besser, die Verwaltungsentscheidungen den Experten in der Verwaltung zu überlassen. Wenn wir aber selbst entscheiden müssen, sollten wir auch den Mut haben, unpopuläre Entscheidungen zu treffen, und dürfen Rechtsmittel im Sinne der Bürger nur einlegen, wenn sie Erfolg versprechen.

Im Gegensatz zu Populisten erkennen wir den Unterschied von Freiheit in Verantwortung und Verantwortungslosigkeit. Wenn die Rechtslage wirklich ungerecht ist, können und müssen wir uns politisch an diejenigen wenden, die sie ändern können: Nämlich an die Abgeordneten von Land- und Bundestag.

Unternehmen der Stadt wirtschaften für Winsen

Maßgeblich durch den Einfluss der FDP wurden die der Stadt Winsen (Luhe) gehörenden Stadtwerke in eine eigenständige GmbH umgewandelt, wodurch die Eigenständigkeit und die betriebswirtschaftlichen Grundlagen dieses Unternehmens auch unter steuerlichen Aspekten wesentlich gestärkt wurden.

Auch das städtische Bäderunternehmen „Die Insel“ wurde erfolgreich in das betriebswirtschaftliche unabhängige Unternehmen Stadtwerke integriert, was einen erfolgreichen Betrieb bei relativ geringer Subventionierung durch Steuergelder erst ermöglicht hat. Dieser Weg der Teilprivatisierungen muss weiter gegangen werden!

Stadthalle ausgliedern und zu einem Teil der Stadtwerke machen

Die FDP hat schon seit langem gefordert, auch die Stadthalle als rein wirtschaftliches Unternehmen aus der Stadt auszugliedern und dem Betrieb der Stadtwerke mit der dort vorhandenen Infrastruktur anzugliedern. Ob die Stadtwerke als Verpächter oder Betreiber auftreten – dem Gastronomiebetrieb wird es gut tun, endlich aus der immer auch parteipolitisch geführten Diskussionen in den Ratsgremien herauszukommen.

Auch in diesem Zusammenhang ist die weitere Entwicklung des städtischen Bauhofs zu sehen. Ein vom Rat in Auftrag gegebenes Gutachten hat ergeben, dass der städtische Bauhof im wesentlich kostengünstig und effektiv arbeitet, aber durchaus noch Sparpotenziale bestehen. Unter Einbeziehung einer engeren Zusammenarbeit mit dem Bauhof des Landkreises und einer noch engeren Kooperation mit den umliegenden Gemeinden, insbesondere beim Maschineneinsatz und der Kostenoptimierung durch Vergabe an private Unternehmen, kann der Einsatz des Bauhofs weiter verbessert werden. Die Schaffung des Hausmeisterpools der Schulen sei hier als Beispiel und guter Schritt in die richtige Richtung genannt.

Solide Finanzen sind unsere Stärke - wir machen Winsens Haushalt wieder enkelfit!

Die Gestaltung eines Staatshaushaltes verdeutlicht am besten die ideologische Herkunft der politisch Handelnden.

Insbesondere die Sozialpolitiker in Union und SPD erstellen gerne Aufgabenkataloge und Anforderungsprofile über das, was der Staat den Bürgern andienen soll, stellen dann Berechnungen über die hierfür anzuwendenden Kosten an und legen diese dann in Form von Steuern und Abgaben auf die Bürger um. Das muss – unter dem Druck ständigen Buhls um die Gunst der Wähler – systembedingt zu ständig wachsenden Staatsausgaben und damit zu höheren Steuerbelastungen führen.

An den Einnahmen orientieren, nicht Luftschlösser bauen

Wir als FDP dagegen stellen erst einmal fest, welche Belastungen die Gesellschaft und die Wirtschaft tragen kann, ohne in ihrer eigenverantwortlichen Handlungsfähigkeit eingeengt zu werden. Darauf hin berechnen wir das verfügbare Haushaltsvolumen und legen dann aufgrund einer Prioritätenliste die bezahlbaren Staatsaufgaben fest.

Unter diesem Gesichtspunkt hat die FDP im Rat in den letzten Jahrzehnten maßgeblich dazu beigetragen, dass die Stadt Winsen immer einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen konnte – es ist kein Zufall, dass sich das erst in der Wahlperiode 2006-2011 geändert hat. Unter anderem deshalb konnte die FDP bis 2015 keinem einzigen der vorgelegten Haushalte mehr zustimmen.

Seit die FDP nicht mehr einer festen Ratsmehrheit angehört, wird der Haushalt der Stadt nur noch durch neue Schulden und Steuererhöhungen ausgeglichen.

Dem Haushalt 2015 - und der darin enthaltenen saftigen Steuererhöhung - hat die FDP schweren Herzens zugestimmt. Die Steuererhöhungen waren nötig, um die Kosten auszugleichen, die in den Jahren zuvor von Haushalt zu Haushalt, gegen die Stimmen der FDP, vergrößert wurden. Anders als manche Ratsfraktionen scheut die FDP sich nicht, im Notfall auch mal den Dreck wegzuräumen, den anderen angerichtet haben. Die Alternative wäre mehr Verschuldung gewesen.

Außerdem war es letztlich ein Akt der Notwehr - hätte die Gruppe FDP / Winsener Liste nicht Ende 2015 einer Steuererhöhung zugestimmt, um das maßgeblich von CDU/ SPD und Bürgermeister verursachte (hausgemachte!) Haushaltsdefizit von einer Million Euro zu decken, wäre der Haushalt 2015 nicht zu Stande gekommen. Dass die Kreisumlage Anfang 2016 um ca. eine Million Euro zu Lasten von Winsen erhöht werden würde, wegen Kosten, auf die der Winsener Rat letztlich keinen Einfluss hatte und uns dadurch Anfang 2016 zwei Millionen gefehlt hätten, war zu diesem Zeitpunkt bereits abzusehen. Es stand also zu befürchten, dass eine Mehrheit von CDU und SPD Anfang 2016 eine Steuererhöhung im Gegenwert von 2 Millionen Euro beschlossen hätte. Dies konnten wir verhindern.

Gleichwohl wird die FDP weiterhin für Sparsamkeit und eine solide Haushaltspolitik kämpfen und dafür stehen. So kritisieren wir seit Jahren die Personalaufstockungen im Rathaus, die aus unserer Sicht überflüssig sind. Begründet wurden diese oft damit, dass Land und Bund einen großen Teil der Kosten tragen. Tun sie - ein paar Jahre lang. Anschließend darf die Stadt selbst die Kosten vollständig tragen und wahrscheinlich bleibt es auch dann wieder der FDP überlassen, zu schauen, woher das Geld dafür kommen soll.

Landeszuschüsse für neue Stellen sind noch lange kein Grund für neue Stellen

Die FDP sieht aus diesem Grund die Mischfinanzierung von Personal insgesamt kritisch. Wir halten es für fragwürdig, mit der Wurst nach dem Schinken zu angeln und finden, dass die Frage nach der Notwendigkeit neuer Stellen viel zu kurz kommt. Zeitlich befristete Zuschüsse vom Land allein sind für uns kein Grund, unserer ehemals schlanken Verwaltung einen teuren Wasserkopf aufzusetzen.

Trotz im Bundesvergleich extrem niedrigen Steuersätze war der städtische Haushalt noch im Jahre 2006 gesund, und die vorübergehende ansteigende Verschuldung konnte bereits im Jahr 2005 um rund 1,8 Mio. Euro zusätzliche Tilgung zurückgefahren werden. Es geht also - wenn man mit dem richtigen Ansatz an die Haushaltsgestaltung herangeht.

Gesundes Verhältnis von laufenden Ausgaben und Investitionen schaffen

Langfristig wollen wir darauf hinwirken, dass Verwaltungshaushalt (laufende Einnahmen und Ausgaben) und Vermögenshaushalt (Investitionen) zu einem gesunden Verhältnis zurückkommen. Die Gremien des Rates müssen sehr genau überlegen, welche sinnvollen Investitionen für die kommenden Jahre vorzusehen sind – zum einen, um die Infrastruktur der Stadt weiter zu verbessern und zum anderen um zu verhindern, dass die Verwaltungsausgaben unangemessen steigen und damit auf Dauer die Handlungsfähigkeit der Stadt beeinträchtigen.

Ein schwerer Fehler war aus unserer Sicht die Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung durch SPD, Freie Winsener und CDU. Es fehlen nicht nur die bisherigen Einnahmen aus den Straßenausbaubeiträgen, sondern die jeweilige Ratsmehrheit kann nun im Sinne ihrer Klientel Ausbauten nach dem Motto „schöner, größer, besser“ durchführen. Da die Anlieger nun nicht mehr finanziell beteiligt werden, ist der Druck zur Sparsamkeit durch die Bürger auf die Politik deutlich schwächer geworden. Wir versuchen zwar, die Kosten für Straßenausbauten dennoch im vertretbaren Rahmen zu halten, halten aber eine Rückkehr zu einer Beteiligung der Bürger bei Straßenausbauten nach wie vor für den besten Weg, überflüssige oder vorzeitige Baumaßnahmen zu verhindern.

Neue Aufgaben aus Bund und Land müssen auch durch Bund und Land finanziert werden

Der kommunale Finanzausgleich des Landes hat die Aufgabe, die kommunale Selbstverwaltung aller Städte und Gemeinden in Niedersachsen zu sichern. Neue Aufgaben von Bund und Land an die Kommunen müssen mit der erforderlichen Finanzierung einhergehen. Wir unterstützen die Bestrebungen nach einer kommunalen Finanzreform, die die konjunkturanfällige Gewerbesteuer

durch Hebesatzanteile der Einkommensteuer ersetzen will. Auch würde dies zu mehr Interesse der Bürger an der Kommunalpolitik führen.

Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Beteiligungen sowie Beschränkung der kommunalen Verwaltung auf hoheitliche öffentliche Aufgaben sind ein wichtiger Bestandteil liberaler Wirtschaftspolitik. Wir treten dafür ein, dass abgesehen von hoheitlichen Aufgaben Verpflichtungen von den Kommunen nur dann übernommen werden, wenn sie in derselben Qualität nicht im Wettbewerb durch Private wahrgenommen werden können.

Faire Ausschreibungen statt christdemokratischer Vetternwirtschaft

Im Interesse des Wettbewerbs und des Mittelstandes sind bei der Vergabe öffentlicher Aufträge die Regeln des Vergabewesens anzuwenden. Angebote mittelständischer Betriebe müssen die gleichen Chancen haben wie andere Bieter. Dies gilt auch im sozialen Bereich. Kartellmäßige Absprachen von Anbietern untereinander, wie sie etwa die Kreisarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege nahelegt, müssen bekämpft werden – vor allem, indem man den Zugang zu den Ausschreibungen offen hält. Dass sich bei der Ausschreibung der Kinderbetreuung, eine Mehrheit des Rates erfolgreich gegen christdemokratische Bestrebungen der Vetternwirtschaft gewehrt hat, und das Angebot durch die Kita Nord gGmbH erweitert werden konnte, begrüßen wir.

Bildung ist Zukunftsvorsorge

Gerade bei den Ausschreibungskriterien der Kinderbetreuung konnten wir durchsetzen, dass unsere Kindergärten ein effizientes und trotzdem kindergerechtes Vorschulbildungssystem erhalten.

Uns hat nicht gereicht, dass die Betreuung lediglich ein Aufbewahren der Kinder beinhaltete, um Eltern ihre berufliche Tätigkeiten zu ermöglichen. Ein deutlicher quantitativer Ausbau der Kinderbetreuungsangebote konnte ebenfalls erreicht werden. Ein entsprechendes Ausbauprogramm für immerhin 3 Millionen Euro wurde von der FDP Fraktion vorbereitet und bereits im Jahr 2008 beschlossen. Auch Sprachförderangebote im Sinne einer frühkindlichen Bildung hat die FDP immer wieder gefordert und auch mit Erfolg in die Ausschreibungskriterien des Betriebs der Einrichtungen eingebracht.

Betreuung mit Bildungsanspruch statt bloßer Kinderaufbewahrung

Da jedoch seither auf dieses bereits sehr ambitionierte Programm nach dem Motto "wer bietet mehr" von allen anderen Akteuren im Rat wahllos und ungeachtet der massiv wachsenden Kosten enorm draufgesattelt wurde, hat das Thema Kinderbetreuung in Winsen mit verantwortlicher Politik inzwischen nicht mehr viel zu tun. Mittlerweile liegen die Kosten der Kinderbetreuung (die Unterdeckung) bei rund acht Millionen Euro, die von der Allgemeinheit getragen werden.

Wäre man den Wünschen von SPD und Grünen gefolgt, flächendeckend Horte einzurichten, sähe die Bilanz noch viel erschreckender aus. Von einem Angebot des Landes gelockt, haben wir deshalb gemeinsam mit der CDU die Ganztagschule auf den Weg gebracht, um die Nachmittagsbetreuung halbwegs finanzierbar zu gewährleisten. Dabei mussten wir wieder einmal feststellen, dass nicht einmal hierfür das Land die Kosten deckt und uns gleichzeitig anhören, dass das im Wesentlichen vom Land definierte Angebot immer noch nicht ausreichen soll.

Insgesamt hat die Landespolitik an der katastrophalen Bilanz im Betreuungsbereich maßgeblichen Anteil, denn sie hat die Winsener Politik nicht nur bei der Ganztagschule immer wieder mit Versprechungen gelockt und dann im Regen stehen lassen.

Das Land kommt seiner Verantwortung in der Finanzierung immer noch nicht nach!

Eine dritte Kraft in Krippengruppen wurde vom Land für notwendig gehalten und die Finanzierung in Aussicht gestellt, dann aber doch den Kommunen überlassen. Auch die Finanzierung der Schulsozialarbeit wälzt das Land auf die Kommunen ab.

Bei aller Kritik an dem insgesamt konzeptlosen Ausbau der Kinderbetreuung haben wir allerdings auch erkannt, dass nach wie vor Kinderbetreuer eigentlich noch zu gering entlohnt werden. Das Gejammer der Kommunen im Jahr 2015, wovon die angemessenen Tarifierhöhungen getragen werden sollten, halten wir bis zu einem gewissen Grade für Heuchelei. Wer arbeitet muss auch davon leben können und zwar besonders dann, wenn es sich um so verantwortungsvolle Tätigkeiten wie die Kinderbetreuung handelt.

Folgende Prämisse zieht sich durch unser Programm: Bevor man Menschen einstellt, muss man sich Gedanken darüber machen, wie man sie anständig bezahlt – sonst darf man sie nicht einstellen.

Gleichzeitig haben wir erkannt, dass das Berufs- und Familienbild sich gewandelt hat. Dass viele Familien sich schon heute nicht mehr in der Lage sehen, die Kinderbetreuung aus eigener Kraft zu bewerkstelligen und mit einem auskömmlichen Arbeitsleben in Einklang zu bringen, erkennen wir an. Deshalb haben wir auch versucht im Rahmen des Möglichen eine Mehrbelastung von Familien mit Kindern zu verhindern.

Da unser Vorschlag zur Gegenfinanzierung durch Wiedereinführung der Straßenausbaubeitragssatzung vom Rat abgelehnt wurde, sind die durch die Tarifierhöhung entstehenden Mehrausgaben teilweise auf die Eltern umgelegt worden.

Alles dafür tun, dass Kinder bei der Einschulung die deutsche Sprache sprechen und verstehen

Ziel dieses Bildungssystems muss es weiter sein, dass alle Kinder, die mit 6 Jahren eingeschult werden, wenigstens so gut deutsch sprechen und verstehen, dass sie überhaupt in der Lage sind, an dem Grundschulunterricht chancengleich und erfolgreich teilnehmen zu können.

Es kann und darf nicht länger hingenommen werden, dass in einigen Grundschulklassen mehr als die Hälfte der Kinder wegen sprachlicher Schwierigkeiten überhaupt nicht am eigentlichen Fachunterricht teilnehmen können. Die Zeit, jetzt in diesen Bereichen die erforderlichen Schritte einzuleiten ist günstig, denn aufgrund der allgemeinen Bevölkerungsentwicklung ist zu erkennen, dass jetzt vorhandene Kindergartenplätze frei werden und so die frei werdenden baulichen Kapazitäten für neue Aufgaben genutzt werden können.

Winsen zum Musterbeispiel bei vorschulischer Bildung machen!

Winsen war führend bei der Umsetzung der Verpflichtung Kindergartenplätze für alle Kinder einzurichten. Winsen soll auch wieder führend sein, wenn es um die vorschulische Bildung unserer Kinder geht.

Die Stadt hat die Aufgabe, nach einer Grundschule mit kurzen Wegen für die Schüler ein Schulsystem vorzuhalten, in dem jedes Schulkind seinen Leistungen entsprechend gefördert wird.

Die Diskussion in Winsen hat gezeigt, dass gerade die großen Parteien die Schulsystemfrage aus ideologischen Gesichtspunkten betrachten. Während die Winsener CDU neben dem dreigliedrigen Schulsystem keine Alternativen dulden wollte, haben sich Sozialdemokraten immer für eine Einheits-Gesamtschule "für alle" ausgesprochen.

Die ideale Schule für jeden statt einer Schule für alle.

Die Winsener FDP dagegen freut sich, dass ein Nebeneinander beider Systeme in Winsen möglich ist und hat sich rechtzeitig in enger Zusammenarbeit mit der Kreistagsfraktion darum bemüht, eine

Gesamtschule in Winsen durchzusetzen. Die Winsener Liberalen sind froh, dass dies auf Kreisebene gemeinsam mit der CDU – gegen ausgerechnet den Widerstand der Winsener Christdemokraten gelungen ist. Wir sehen die zusätzliche Wahlmöglichkeit als Bereicherung der Schullandschaft in Winsen. Die Bürger, nicht die Politiker sollen auch künftig entscheiden können, welche Schulform für ihr Kind die beste ist.

Schulen müssen verstärkt Medienkompetenz vermitteln. Alte und neue Medien müssen sinnvoll integriert werden. Vom Land Niedersachsen muss dazu neben der Bereitstellung von Kapazitäten für die Pflege der Netze weiterhin auch die Schulung des Lehrpersonals für den Einsatz moderner Lehr- und Lerntechnologien gefordert werden. Ständiges Bemühen der FDP wird weiter die Sicherstellung der Lehrerversorgung sein.

Durch unser Mitwirken konnte erreicht werden, dass es in ganz Niedersachsen keine Zusammenlegung von Abschlussklassen mehr gibt. Dadurch können die Schüler in dem ihnen vertrauten Umfeld bleiben und müssen sich nicht kurz vor Schluss wieder umgewöhnen.

Florierende Wirtschaft und ein gesundes Vereinsleben als Garanten für Lebensqualität

Unsere Gemeinschaft lebt von den Leistungen der Menschen im Dienstleistungsgewerbe, im Handwerk, in der Industrie, von den Leistungen der Selbständigen und der Freiberufler sowie alle Arbeitnehmer. Sie erwirtschaften das Geld, das wir für unseren Lebensunterhalt zur Verfügung haben und das der Staat und die Städte und Gemeinden für ihre Aufgaben benötigen. Nur wirtschaftlich rentable und umweltfreundliche Arbeitsplätze sind dauerhaft sichere Arbeitsplätze. Sie wohnortnah zu schaffen und zu erhalten, ist vorrangige Aufgabe liberaler Kommunalpolitik. Für die FDP sind Pflege und Betreuung vorhandener Betriebe zum Erhalt von Arbeitsplätzen gleichrangig mit der Förderung von Existenzgründungen und Neuansiedlungen. Bei der Vergabe von Gewerbegrundstücken im Ort sind insbesondere kleine und mittelständische Betriebe zu berücksichtigen, weil sie die größte Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen bereitstellen.

Nur wirtschaftlich rentable und umweltfreundliche Arbeitsplätze sind dauerhaft sichere Arbeitsplätze

Die Stadt hat in den letzten Jahren dafür gesorgt, dass durch die Ausweisung neuer Gewerbeflächen insbesondere an der Osttangente und damit mit Anschluss an die Autobahn ausreichend Möglichkeiten zur Schaffung wohnortnaher Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden können. Bei der Vermarktung dieser Flächen kann und muss die Zusammenarbeit mit der Metropolregion Hamburg und den Wirtschaftsfördergesellschaften des Landkreises und der Süder-Elbe-AG noch verbessert werden.

Städtische Satzungen mit Auflagen für ansässige Geschäfte (z. B. Aufstellen von Ständern, Anbringung von Markisen usw.) sollen stetig an die Bedürfnisse der Gewerbetreibenden angepasst werden. Die Kooperation und die Absprachen zwischen Verwaltung und in der Innenstadt ansässigen Geschäften, muss weiter verbessert werden – ein in Spießertum begründetes Ablehnen bestimmter Sortimente im Stadtmarketing (etwa Erotikangebote) lehnen wir ab. Zur Schaffung wohnortnaher Arbeitsplätze fordert die FDP eine ganzheitliche Betrachtung und Handlungsweise mit Zukunftsorientierung. Es genügt nicht, einzelne Vorhaben getrennt zu behandeln, wenn alle anderen teilweise oder ganz miteinander in Beziehung stehen, wie etwa Wohnbebauung, Verkehrsbelange, das Stadthallennutzungskonzept oder die Innenstadtbelebung. Zu solchen Maßnahmen gehörte die Überplanung des BGS-Geländes mit Wohn-, Gewerbe-, Dienstleistungsangeboten und verschiedenen Einkaufsmöglichkeiten. Dabei ist eine Belebung der Innenstadt durch überwiegend ergänzende Angebote angestrebt worden. Der Luhepark ist keine Ansiedlung auf der „grünen Wiese“, sondern er verfügt über Anbindungen zur Innenstadt, die allerdings noch verbessert werden können. Er liegt außerdem nahe zu unterversorgten Ortsteilen, wie Stöckte und Hoopte.

Tourismus als Zukunftsfeld für Winsens wirtschaftliche Entwicklung

Ein weiteres für die Zukunft wichtiges Feld wirtschaftlicher Betätigung liegt aus Sicht der FDP im Bereich des bisher vernachlässigten Tourismus. Die Tourismusförderung hat für die FDP hohe Bedeutung. Fremdenverkehr, Naherholungseinrichtungen, Wellness- und

Freizeitsporteinrichtungen bieten ein erhebliches arbeitspolitisches Potenzial, das es zu fördern gilt. Kulturgut und Sehenswürdigkeiten sind entsprechend herauszustellen. Hierfür leitete die Landesgartenschau 2006 bedeutende Schritte ein. Der mit Mitteln der Landesgartenschau völlig renovierte Schlosspark und die angrenzenden Luhewiesen, sollen auch weiterhin die Innenstadt für Besucher lohnenswert machen.

Die im Rahmen der Landesgartenschau eingerichtete Tourismusinformation im Marstall soll auch weiterhin als Anlaufstelle für Gäste von außerhalb zur Verfügung stehen.

Ein großes Potential für den Tourismus bietet nach Ansicht der FDP die gesamte Elberegion im Bereich der Stadt. Kaum jemand von außerhalb ist überhaupt bekannt, dass Winsen eben nicht nur an der Luhe, sondern zu weit größeren Teilen im Bereich der Ortsteile Hoopte, Stöckte, Lassrönne und Tönhausen auch an der Ilmenau und der Elbe liegt.

Elbtourismus stärken, Nachbargemeinden einbinden

Der Anfang für eine touristische Erschließung dieser Gebiete ist gemacht; ein Fähranleger in Hoopte steht jetzt auch endlich den Fahrgastschiffen zur Verfügung und hat bereits im Rahmen der Landesgartenschau auch auf diesem Wege Gäste in die Stadt gebracht. Eine noch engere Zusammenarbeit mit der Samtgemeinde Elbmarsch und den dort bereits vorhandenen und noch zu schaffenden Infrastrukturen des Elbetourismus kommt auch Winsen zu Gute!

Die weitere Entwicklung des Stöckter Hafens mit Ausbau des Speichers mit gehobener Gastronomie, neuem Anleger für Sport- und Freizeitboote sind der richtige Ansatz und sollte von der Stadt noch mehr als bisher gefördert werden.

Perspektivisch kann sich die FDP hier eine Wiederbelebung des Linien-Fährverkehrs nach Hamburg und Lauenburg durchaus vorstellen, das Ganze optimalerweise eingebettet in den HVV.

Die FDP ist bemüht, auch die Landschafts- und Heimatpflege am Stöckter Deich mit der Deichsicherung in Einklang zu bringen. Der Naherholungswert des Stöckter Deiches muss erhalten bleiben, gleichzeitig darf es keine Abstriche beim Hochwasserschutz geben. Die Nutzung der Deiche als Radwanderwege ist zu ermöglichen, wo immer das ohne dabei die Deichsicherheit zu gefährden, machbar ist.

Ein weiteres wichtiges Feld für die Freizeitgestaltung, aber auch für den Tourismus im Bereich der Stadt ist die gesamte Bandbreite des Pferdesportes. Kaum jemand selbst in Winsen weiß, dass Winsen (Luhe) die dichteste Ansiedlung von Pferdebetrieben im gesamten Pferdeland Niedersachsen hat: In Reit- und Fahrvereinen und mehreren privaten Pferdebetrieben mit Reithallen und auch in benachbarten Gemeinden (z.B. Handorf, Luhmühlen, Vierhöfen u.s.w.) treiben mehr als 1.200 junge und ältere Mitbürger Sport und Freizeitgestaltung mit dem Pferd.

Vereinsstrukturen als Grundpfeiler des Zusammenlebens und der Freizeitgestaltung

Auf Drängen der FDP wurde im Bereich von Alt-Roydorf wegen der dort ansässigen Reit- und Fahrvereine und privater Pferdebetriebe bereits vor Jahren im regionalen Raumordnungsprogramm des Landkreises ein Gebiet weiträumig als Vorrangfläche für den

Pferdesport ausgewiesen. Die sich hieraus ergebenden Möglichkeiten sind in Zusammenarbeit mit den Vereinen und den Privatbetrieben auch touristisch noch vielmehr zur nutzen als bisher.

Insgesamt ist festzustellen, dass das Vereinsleben in Winsen und den Ortsteilen sich nach wie vor reger Beliebtheit erfreut. Für die FDP sind die Vereinsstrukturen in der Stadt auch ein wichtiger Grundpfeiler des Zusammenlebens und der Freizeitgestaltung. Wir möchten die bestehenden Strukturen erhalten und stärken. So begrüßen wir es beispielsweise, wenn Sportvereine Anlagen aus Eigenmitteln und durch Sponsoring aufbauen, werden aber auch immer dafür eintreten, dass bestehende Hallen und Anlagen in Vereinsbesitz gegebenenfalls auch mit Mitteln der Stadt erhalten und verbessert werden können.

Soziale Stadtplanung vermeidet Klientelpolitik und berücksichtigt vorhandene Strukturen

Die FDP wird darauf achten, dass diese für die Stadt außerordentlich wichtige Entwicklungsarbeit fortgesetzt und auch mittelfristig nicht durch die bevorstehenden Wahlkämpfe beeinträchtigt wird. Der Flächennutzungsplan der Stadt ist für uns – im Unterschied zu anderen Parteien – kein Werkzeug zur Durchsetzung von Grundstücksinteressen der eigenen Klientel, sondern nichts weniger als die wichtigste Planungsgrundlage für die Entwicklung der Stadt!

Stadtplanung statt Klientelpolitik in eigener Sache - Flächennutzungsplan fortschreiben!

Hierdurch ist ein völliges Ungleichgewicht im Rahmen neuer Baugebiete zwischen dem nördlichen und dem südlichen Bereich der Stadt entstanden. Entsprechende Hinweise hierzu im Stadtentwicklungsplan und auch durch Bemerkungen der früheren Bezirksregierung wurden schlichtweg ignoriert. Die mittelfristige Bauleitplanung der Stadt muss daher grundlegend überarbeitet und auch unter den Aspekten der demographischen Entwicklung auf neue und sichere Grundlagen gestellt werden. Ein Antrag auf Fortschreibung des Flächennutzungsplanes wurde 2011 von der FDP gestellt und vom Planungsausschuss empfohlen, jedoch immer noch nicht umgesetzt. Die FDP wird sich weiterhin hierfür einsetzen.

Dabei kann es nicht sein, dass einzelne Grundeigentümer einer sinnvollen Entwicklung im Wege stehen. Wenn jemand über Jahre sein im Flächennutzungsplan befindliches Grundstück nicht entwickeln will, ist das seine Sache. Der Rat muss dann aber auch in der Lage sein, Flächen aus dem Flächennutzungsplan zu nehmen, wenn der Eigentümer sich nicht zur Entwicklung bereit erklärt. Kapitalbildung zulasten der Allgemeinheit ist in den Augen der Winsener FDP unsozial.

Dass der Landrat der Kommunalpolitik im Kreis eine eigene Wohnungsbaugesellschaft anpreist wie Sauerbier sehen wir mit großer Skepsis. Kreis und Gemeinden sollen hier öffentliches Kapital bereitstellen und sich letztlich aktiv als Akteur auf dem Wohnungsmarkt bewegen. Bei den entsprechenden "Verkaufsveranstaltungen" wurde der Politik suggeriert, eine solche Gesellschaft würde langfristig sogar Gewinn erzielen. Was immer man von diesen Versprechen halten will: Selbst mit Gewinnerzielungsabsicht am Markt zu agieren ist nicht die Aufgabe der öffentlichen Hand!

Hinzu kommt, dass wir Zweifel in, ob die Stadt es in einer solchen vom Kreis gesteuerten Gesellschaft hinbekäme, dafür zu sorgen, dass die Baumaßnahmen tatsächlich auch in Winsen nach sozial ausgewogenen Kriterien umgesetzt würden. Die Gefahr, dass in Buchholz gewinnträchtige Mehrfamilienhäuser gehobenen Standards entstehen und in Winsen lieblose Mietskasernen ist zumindest vorhanden.

Schon gar nicht wollen wir, dass die Stadt das Albert-Schweitzer-Viertel kauft, denn das hieße, dass die Privatwirtschaft Gewinne eingestrichen hätte und die Kosten der maroden Bauten jetzt dem Steuerzahler aufgebürdet würden. Gewinne zu privatisieren und Verluste zu verstaatlichen ist das Gegenteil von liberaler Politik.

Wenn man den Wohnungsbau fördern will, müssen andere Formen gefunden werden. Zunächst muss die Bauleitplanung sich am Bedarf orientieren und privaten Investoren die Möglichkeit bieten, in Zeiten von Niedrigzinsen auch in Wohnungsbau zu investieren.

Genossenschaften: Unser Idealmodell für den sozialen Wohnungsbau

Soweit hier die Gründung oder Förderung von Gesellschaften mit besonderer sozialer Ausrichtung ins Auge gefasst wird, bevorzugen Liberale grundsätzlich genossenschaftliche Modelle, bei denen Privatleute Wohnraum schaffen und sich über Anteil und demokratische Mitbestimmungsrechte nach Köpfen statt nach Kapital mit "Ihrer" Gesellschaft auch identifizieren können. Die Genossenschaft ist eine Liberale Erfindung.

Aufgabe einer solchen Planung muss es auch in Zukunft sein, sowohl den Charakter der Innenstadt als auch insbesondere der stadtnahen Ortsteile wie Roydorf, Borstel und Stöckte zu erhalten und die Grenzen zwischen diesen Gebieten nicht durch unkontrollierte Bebauungen unkenntlich zu machen. Dass bei allen Überlegungen der Charakter des Dorfes erhalten werden muss, gilt auch für Rottorf, Hoopte, Bahlburg, Luhdorf, Borstel und Sangerstedt, Gehrden und die Grevelau.

Charakter der Ortsteile pragmatisch bewahren

Wie das aussehen kann zeigt das Beispiel Hoopte, wo die Bauleitplanung sich besonderen Schwierigkeiten gegenüber sah. Eine Splittersiedlung in die Feldmark hinein wurde hier durch die FDP verhindert. Stattdessen haben wir, um dem besonderen Charakter des Reihendorfes Rechnung zu tragen, das Bauen in dritter Reihe zunächst im Ostteil und später für ganz Hoopte beantragt und auch durchgesetzt.

Auch die Kultur in ihrer umfassenden Bedeutung ist Lebensqualität. Kultur, sei es in kommunalen Einrichtungen wie dem Heimatmuseum oder in privaten Initiativen wie dem Kulturverein, braucht geistige Freiheit sowie öffentliche und darüber hinaus mehr private Förderung, um gedeihen zu können. Hier wie auch im sozialen Bereich ist das Ehrenamt zu stärken. Die Erhaltung geschichtlich und kulturell prägender Gebäude ist Verpflichtung. Das historisch gewachsene Ortsbild ist sichtbarer Ausdruck von Heimat und verdient erhalten zu werden. Für die Einhaltung von Auflagen zum Erhalt der Gebäude, soweit sie ausschließlich im öffentlichen Interesse liegen, müssen die Eigentümer eine angemessene Entschädigung erhalten.

Verkehr und Sicherheit erhalten Lebensqualität!

Bei den neuen und geplanten Wohnbaugebieten und der Ausweisung weiterer Gewerbeflächen, ist vor allem deren Anbindung an die bestehende Verkehrsstruktur wichtig. Dass dabei Sicherheits- und Umweltafordernungen zu berücksichtigen sind, ist für Liberale selbstverständlich.

Winsen ist weiträumig gut an die Verkehrssysteme im Umfeld der Metropolregion Hamburg über die Bahn, die BAB 39 und die BAB 7 angeschlossen. Die Stadt soll sich weiterhin intensiv für die erforderliche Ostumgehung von Hamburg auf der Trasse der bisherigen B 404 (A21) einsetzen. Der Anschluss einer Autobahn auf der Trasse der bisherigen B 404 von Geesthacht über Rottorf an die A7 würde diesen städtischen Bereich sinnvoll neu erschließen und einige Verkehrsprobleme im Bereich von Luhdorf, Pattensen und Thieshope beseitigen.

Schaffen wir uns die Stadt, in der wir gerne leben wollen

Unabhängig davon hat die FDP Fraktion immer wieder die Verlängerung der Osttangente um Luhdorf, Pattensen und Scharmbeck herum gefordert. Einer „kurzen Lösung“ haben wir uns erfolgreich verwehrt. Es würde niemandem nützen, Luhdorf umfahren zu können um dann vor der Pattensener Kirche im Stau zu stehen. Wir werben für die Akzeptanz der Anwohner – alles wird besser sein als den Hauptverkehr mitten im Dorf zu haben. So lange die Umgehung nicht existiert, setzen auch wir uns für eine Sperrung der Luhdorfer Straße, aber eben auch der Dorfstraßen von Scharmbeck und Pattensen für den Schwerlastverkehr ein. Dass entsprechende Vorstöße von übergeordneter Stelle für rechtswidrig gehalten werden, bedauern wir.

Der Luhepark hat – wie bereits im FDP Programm von 2001 festgeschrieben – im südlichen Bereich eine verkehrstechnische Öffnung zur Hansestraße hin erhalten. Zusätzlich sollten weiterhin direkte Anbindungen an die Innenstadt geschaffen werden.

Unsinnige Ampelanlagen abschaffen

Das unter anderem von der FDP angestoßene Programm zur Umwandlung von unsinnigen Ampelkreuzungen in Kreisverkehre soll weiter fortgesetzt werden. Als nächstes stehen die „Wolperding-Kreuzung“ und Wehrmanns Eck auf unserer Agenda. Vermehrt hören wir Kritik, diese Baumaßnahmen seien zu teuer. Wir weisen darauf hin, dass es sich um Investitionen in die Infrastruktur handelt, die normalerweise den Verkehrsfluss erleichtern, Stromkosten für Ampelanlagen wegfallen lassen und dass der Erhalt von Ampelanlagen selbst viel Geld kostet, wie wir bei der 270.000 Euro schweren Erneuerung der Ampelanlage Tönhäuser Weg / Osttangente (gegen unseren massiven Protest) erleben mussten. Vor diesem Hintergrund relativieren sich Investitionskosten für Kreisverkehre deutlich.

Das dritte Gleis zur Schaffung eines S-Bahnverkehrs mit Hamburg und in Weiterführung mit Lüneburg wird eine Bereicherung für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) darstellen. Nach wie vor und mehr denn je, ist durch die Schaffung des dritten Gleises ein S-Bahnanschluss nach Hamburg und auch nach Lüneburg erforderlich und bleibt Zielsetzung liberaler Kommunalpolitik. Es gilt, die Chancen, die sich durch die bessere Schienenverbindung ergeben, zu nutzen. Die FDP Winsen spricht sich diesbezüglich ausdrücklich dafür aus, Verbesserungen der

Anbindung der Luhestadt an das Netz des HVV zu prüfen, insbesondere eine Aufnahme in einen kostenkünstigeren Tarif („Ring“), sowie eine bessere Anbindung in der Nacht und an Wochenenden an Hamburg mit Bussen und Bahnen.

Der Stadtbus erfüllt seinen Zweck nicht, wenn er im Stundentakt fußläufige Strecken bedient!

Die FDP hat sich in der Vergangenheit für den Stadtbus und damit für den ÖPNV in Winsen eingesetzt. Heute erkennen wir, dass es zumindest in der Umsetzung ein Fehler war. Die Kapazitäten mussten deutlich reduziert werden. Trotzdem treten wir weiter – auch vor dem Aspekt der Umweltentlastung und geringer Mittel in den privaten Haushalten – für einen weiteren Ausbau des Netzes ein. Der Stadtbus erfüllt seinen Zweck nicht, wenn er im Stundentakt fußläufige Strecken bedient. Es muss – auch in enger Zusammenarbeit mit dem Kreis, dem HVV und den weiteren Verkehrsbetrieben ein Konzept entwickelt werden, das auch Pendlern aus den Winsener Ortsteilen die Möglichkeit bietet, mit dem Bus an das Netz angeschlossen zu werden. Hier konnte die FDP in enger Zusammenarbeit mit dem Kreis über die von uns geforderte Buslinie 149 über Stöckte und Hoopte am Deich entlang bis nach Harburg bereits eine deutliche Verbesserung erzielen. Die FDP will die Situation der Pendler in den Ortsteilen jedoch noch weiter verbessern und setzt sich für ein Gutachten ein, das zeigen soll, wie die Ortsteile mit der Kernstadt und den umliegenden Gemeinden, insbesondere Hamburg und Lüneburg, noch stärker vernetzt werden können.

Viele Bürgerinnen und Bürger empfinden vor Ort ein Gefühl der Unsicherheit, weil sie befürchten, Opfer einer Straftat zu werden. Deshalb setzt die FDP sich dafür ein, dass mehr Fuß- und Fahrradstreifen der Polizei eingesetzt werden. Damit sie dieses leisten kann, muss die Polizei von fachfremden Aufgaben entlastet werden. Beispielhaft dafür sind die Überwachung des ruhenden Verkehrs oder Sicherungsfunktionen bei großen Sport- oder Konzertveranstaltungen. Gegen die von CDU und Freien Winsenern geforderte „Buschpinklerpolizei“ (FOSD) haben wir uns erfolglos im Rat zur Wehr gesetzt. Um so glücklicher waren wir, dass sich keine Winsener gefunden haben, die auf Stadtkosten mit der Trillerpfeife durch die Gegend ziehen, um unschuldige Passanten zu belästigen.

Soziale Brennpunkte entschärfen

Die Stadt kann und muss jedoch mithelfen, die Sicherheit weiter zu verbessern, indem sie soziale Brennpunkte entschärft oder gar nicht erst entstehen lässt. Für die FDP kommt der Prävention ein besonderer Stellenwert zu. Der Kontakt zwischen der Polizei und dem Bürger muss eng und vertrauensvoll sein. Eine Videoüberwachung von öffentlichen Straßen und Plätzen ist weiter auf Kriminalitäts- und Unfallschwerpunkte zu beschränken. So hat am Bahnhof die Videoüberwachung Sinn ergeben, während wir einen flächendeckenden Ausbau strikt ablehnen. Besonderes Augenmerk ist bei Überwachungsmaßnahmen grundsätzlich auf den Datenschutz zu legen.

Es gehört zu den grundlegenden Verpflichtungen jeder verantwortungsbewussten öffentlichen Hand, Vorsorge für Leben und Gesundheit der Bevölkerung in jeder Krisen-, Gefährdungs- und Katastrophenlage zu treffen. Die Qualität der Stadt misst sich auch an der Wahrnehmung dieser Fürsorgepflicht. Gerade in diesem Bereich nehmen viele Bürger ehrenamtlich Aufgaben im Interesse des Gemeinwesens, also der Nachbarn und aller betroffenen Bürger, wahr.

Verantwortungsvolle Umweltpolitik mit den Menschen vor Ort

Ziel liberaler Umweltpolitik ist die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen für die nachfolgenden Generationen: Sauberes Wasser, reine Luft und schadstofffreie Böden. Auf Dauer sind nicht Verbote und Gebote, sondern Verantwortung der Bürger für die uns überlassene Welt Garant dafür, dass diese Grundlagen erhalten bleiben. Die Liberalen verfolgen eine „Umweltpolitik mit den Menschen“.

Gesetze und Verordnungen dürfen dabei nicht den eigentlichen Zielen der Umweltpolitik im Wege stehen, wo die Vernunft des Einzelnen vor Ort viel sinnvollere Lösungen bietet. Als FDP haben wir so verhindert, dass die „Untere Luhe-Ilmenauniederung“ über die Köpfe der Menschen vor Ort hinweg zum Naturschutzgebiet erklärt wurde. Die ortsansässigen Landwirte und Vereine, die das Biotop über Jahrzehnte erst zu dem gemacht haben was es ist, wären praktisch „rausgeflogen“. Angler und Jäger, die durch aktive Hegemaßnahmen sachverständig für einen Erhalt der Artenvielfalt sorgen, wären auf der Strecke geblieben. Stattdessen hätte es obrigkeitstaatlichen, falsch gemeinten „Schutz“ nach vorgefertigtem Schema ohne Verständnis für die individuelle Situation vor Ort gegeben. Diese Erfahrung hat gezeigt, dass die Menschen in Winsen sehr wohl in der Lage sind, ökonomische und ökologische Belange in Einklang zu bringen und keine Gängelung brauchen. Das wollen wir weiter unterstützen.

Ökologische Vernunft, wirtschaftliches Handeln und soziale Verantwortung in Einklang bringen

Ein gut aufeinander abgestimmtes Konzept von öffentlichen Personennahverkehr und Individualverkehr und ein stärkeres Augenmerk auf die für Arbeiten und Wohnen notwendigen Wege bei der Bauplanung tragen zu einer Verminderung der Umweltbelastungen bei. Die FDP ist der Ansicht, dass ökologische Vernunft, wirtschaftliches Handeln und soziale Verantwortung immer zusammen betrachtet werden müssen.

Die FDP in Winsen will weiter die Interessen von Landwirtschaft und Naturschutz gleichwertig berücksichtigen; hierzu sollen die Landschaftsrahmenpläne und die Landschafts- und Grünordnungspläne zur besseren Beurteilung des Zustandes von Natur und Landschaft aktualisiert werden. In der Bauplanung vor Ort müssen außerdem die Belange der Landwirtschaft entsprechend berücksichtigt und mit den Ansprüchen übriger Nutzer der Landschaft in Einklang gebracht werden.

Die Erstellung von Lärminderungsplänen für Wohngebiete und andere schutzwürdige Gebiete haben wir positiv begleitet und wollen intensiver einsteigen, wenn aufgrund von Lärmbeschwerden der Bürger zu erwarten ist, dass nur so eine abgestimmte und erfolgreiche Minimierung von verschiedenartigen Lärmquellen möglich ist.

Vereine und Verbände bei der energetischen Sanierung unterstützen

Auch auf kommunaler Ebene konnte in der Energiepolitik durch Maßnahmen der Energieeinsparung viel erreicht werden. Die Wärmedämmung älterer öffentlicher Gebäude ist mit Mitteln des Konjunkturpaketes weitgehend den heutigen Erfordernissen angepasst worden. Wir

unterstützen die Vereine und Verbände weiter bei der energetischen Sanierung ihrer Objekte, in dem wir die zwei Drittel der Investitionskosten von städtischer Seite dazu geben. Das sind sinnvolle Investition in die Zukunft der Vereine und der Stadt.

Bei allen praktischen Forderungen wie Wasser- und Energiesparen sollte das Rathaus mit gutem Beispiel voran gehen. Umweltpolitik wirkt gleich viel glaubwürdiger, wenn sie vorgelebt wird.

Integration - Wir wollen Akzeptanz statt Toleranz!

„Wenn Freiheit überhaupt etwas bedeutet, dann vor allem das Recht, anderen Leuten das zu sagen, was sie nicht hören wollen“ lautet ein Zitat von George Orwell aus seinem Roman 1984. Die Freiheit der Meinung, der Religion und die Gewissensfreiheit sind daher absolute Werte und werden uneingeschränkt gewährleistet. Erst wenn Gedanken in Worte und Taten umgesetzt werden, die mit der Freiheit anderer nicht in Einklang zu bringen sind, darf der Staat, darf auch die Stadt Winsen eingreifen. Das Christentum bewegt sich mit den verschiedenen Kirchen auf dem Boden unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung. Nicht mehr und nicht weniger verlangen wir von anderen Glaubensgemeinschaften – nur dann unterstützen wir eine Ansiedlung und Organisation vor Ort.

Im Zusammenhang mit der Integration von Minderheiten ist oft von „tolerieren“ die Rede. Toleranz wird als das Ideal der Integration verstanden. Toleranz heißt aber „erleiden, erdulden“ – heißt im Ergebnis „wegsehen“. Wir Liberale halten das für falsch. Wir wollen genau hinsehen und wollen Fremdes akzeptieren, wenn es mit den Werten unserer Gesellschaft in Einklang zu bringen ist. Es liegt in jedermanns Verantwortung auch seinem Nächsten gegenüber klar zu machen, was akzeptabel ist und was nicht.

Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo er seinen Nächsten einengt. In Winsen und in Deutschland bestimmen die Grundrechte aus dem Grundgesetz diese Grenzen. Das Grundgesetz ist die liberalste Verfassung, die es auf deutschem Boden je gab. Es steckt den Rahmen – wir bekennen uns zu seinen Werten und verlangen das von allen Winsener Einwohnern. Die Verantwortung des Einzelnen liegt ausdrücklich auch darin, denen zu helfen, die sich nicht selbst helfen können.

Voraussetzung für jede Integration ist ein klares Bekenntnis zu den Grundrechten und deren Umsetzung. Wir sehen auch bei uns die Gefahr, dass sich Gruppen von Zugewanderten abkapseln und ihre eigenen Rechtsräume schaffen. Das ist nur so lange akzeptabel wie diese Gruppen das Gewaltmonopol des Staates akzeptieren und jedem ihrer Mitglieder die Grundrechte zugestehen, auf denen unsere Gesellschaft basiert. Eine Unterdrückung von Frauen und Mädchen mag in anderen Kulturkreisen mit eigenen Rechtsordnungen akzeptiert werden – in Winsen ist sie inakzeptabel! Die Grundlage des Verwaltungshandelns wie des Miteinanders in Winsen ist deutsches Recht. Jedermann hat dabei vor dem Gesetz gleich behandelt zu werden. Wir begrüßen jede Initiative die Aufklärungsarbeit leistet, damit sich alle Mitglieder unserer Gesellschaft ihrer Rechte bewusst sind und diese auch durchsetzen können.

Integration durch interkulturellen Austausch auf Basis unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung

Integration im liberalen Sinne kann nur durch interkulturellen Austausch passieren. Wir appellieren daher an jeden Einzelnen, das Gespräch zu suchen und sich gegen Fehlvorstellungen davon zu wenden, was in unserer Gesellschaft akzeptabel ist. Wenn Einzelpersonen mit unterschiedlichen Ansichten sich gegenüberstehen, müssen sie eine gemeinsame Basis finden. Diese Basis liefert unsere Rechts und Gesellschaftsordnung. Erst wenn homogene Gruppen aufeinander treffen, die sich für sich stark fühlen, kommt es zu einer Eskalation von Gewalt. Hier muss vorgebeugt werden.

Wo Menschen die Basis unserer Rechtsordnung verlassen muss sich der Einzelne auf den Schutz des Staates verlassen können. Die Stadt Winsen ist gefordert, die notwendigen Strukturen vor Ort zur Verfügung zu stellen. Wir wollen kein Denunziantentum, aber wir stehen zum Gewaltmonopol des Staates und fordern den Einzelnen auf, den Staat in die Pflicht zu nehmen, wo er sieht, dass gegen sein Recht oder das seiner Nachbarn verstoßen wird.

Aktivität im Verein als Mittel zur gesellschaftlichen Eingliederung fördern

Aktivität im Verein kann Mittel zur gesellschaftlichen Eingliederung von Jugendlichen ohne ausreichende familiäre Betreuung, von Ausländern oder Zugewanderten sein. Daher ist die finanzielle Unterstützung von Vereinen auch eine soziale Notwendigkeit – Vereine, die sich durch eine heterogene Zusammensetzung auszeichnen, sind dabei besonders wertvoll. Auch das Jugendzentrum erfüllt in dem Zusammenhang eine wichtige Aufgabe. Es muss stärker als bisher eine Durchmischung von Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft fördern. Es reicht nicht aus, ein Angebot zu schaffen, dass in der Realität von homogenen Gruppen unter Ausschluss von Anderen in Anspruch genommen wird – Chancen sind dadurch zu schaffen, dass für alle gleiche Bedingungen zur Verfügung stehen. Wo innerhalb von öffentlichen Einrichtungen „geschlossene Gesellschaften“ entstehen, läuft etwas falsch!

Kommunikation ist das wichtigste Mittel, um Werte zu transportieren. Nur wer sich verständigen kann, wird auch verstehen. Amtssprache ist deshalb deutsch. Wir fördern alle Maßnahmen, den Migranten bessere Sprach – und Kulturkenntnisse zu vermitteln. Besser als eine kommunale Migrationsberatung erscheint uns allerdings das gezielte Fördern von Integrationsbemühungen unserer Vereine. Aussiedler und aufenthaltsberechtigte Ausländer sind durch Sprachkurse und besondere Betreuungsmaßnahmen zügig zu integrieren.

Nulltoleranz gegenüber Verstößen gegen die Grundlagen unserer Gesellschaft

Wir wollen jeden akzeptieren und mit offenen Armen empfangen, der Teil unserer Gesellschaft werden will und ihre Werte akzeptiert. Verstöße gegen die Grundlagen unserer Gesellschaft hingegen werden wir nicht tolerieren.

Das gilt auch und insbesondere im Hinblick auf Flüchtlinge, deren Zahl aufgrund vieler Kriege und Konflikte rund um Europa in den letzten Jahren wieder deutlich zugenommen hat. Menschen riskieren ihr Leben dafür, zu uns zu gelangen und führen uns so vor Augen, dass Frieden, Wohlstand und Freiheit nicht die Selbstverständlichkeiten sind, für die mancher „Biodeutsche“ sie mittlerweile zu halten scheint.

Die FDP möchte Flüchtlinge deshalb nicht nur menschenwürdig und sicher untergebracht sehen, sondern befürwortet alles, was das friedliche Zusammenleben alter und neuer Bürger Winsens fördert. Wir setzen hier auf private Initiativen wie beispielsweise das „Internationale Café“ der Kirchengemeinde St. Marien.

Winsener Willkommenskultur ist vorbildlich!

Ganz Deutschland und auch Winsen zeigt derzeit gegenüber Flüchtlingen aus aller Welt eine Willkommenskultur, die es so nirgends auf der Welt gibt. Zahllose Ehrenamtliche kümmern sich auch in Winsen vorbildlich um die ankommenden Menschen. Die bisher sehr gute Unterstützung durch die Stadtverwaltung muss beibehalten werden.

Konkret fordert die FDP:

- Unterbringung nachhaltig und langfristig planen, Nachnutzung ermöglichen
- Sprachförderung, mehr Geld und Personal vom Land
- Keine falsch verstandene Toleranz, keine Sonderregeln
- Unterstützung bei der Integration von Flüchtlingen in das Vereinsleben, insbesondere Sportvereine anbieten.
- Förderung von Patenschaften, um Deutschkenntnisse schneller aufzubauen
- Entwicklung von Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt
- Förderung der gesellschaftlichen Integration
- Integrationsprogramme speziell für Kinder
- Englisch neben der Amtssprache als Servicesprache im Rathaus in den wichtigsten Formularen einführen und eine ausreichende Zahl von Mitarbeitern sprachlich entsprechend weiterbilden
- Vermeidung jeglicher Ghettobildung

Die Freien Demokraten sind zuversichtlich, dass bei all diesen Maßnahmen auch in Zukunft auf das ehrenamtliche Engagement der Winsenerinnen und Winsener gebaut werden kann. Klar muss aber sein: Das allein wird nicht reichen und all dies kann und wird die Gemeinde Winsen auch definitiv nicht aus den derzeitigen eigenen Mitteln leisten können. Bund und Land sind hier in der Pflicht, auch finanziell ihren Teil für ein friedliches Miteinander neuer und alter Winsener Bürger zu leisten.

Wir sind die Mitmach-Partei: Machen Sie unser Programm zu Ihrem

Die endgültige Fassung dieses Programms entstand Anfang des Jahres 2016 in mehreren Sitzungen des Ortsverbandes Winsen und vielen zusätzlichen Stunden Arbeit der Programmkommission unter Leitung des Ortsvorsitzenden Jan Filter.

Es entstand allerdings nicht aus dem Nichts, sondern auf der Grundlage der früheren Programme der FDP Winsen, die wir über Jahrzehnte immer wieder angepasst, erweitert und aktualisiert haben. Die Arbeit an unserem jeweiligen Wahlprogramm findet also nicht nur vor den Wahlen statt, sondern wir sammeln permanent Ideen, Visionen und auch Erfolge, die wir dann zum Ende der Wahlperiode in die jeweils nächste Fassung unseres Programms einfließen lassen können.

Dabei können und sollen Sie uns gern helfen. Natürlich haben wir schon immer Anregungen der Bürger gesammelt, die an uns herangetragen worden sind. Und auch in dieses Programm sind Ideen eingeflossen, die Winsener Bürger uns über unser Online-Tool "Programmkommission 2016" übermittelt haben. Wir werden dieses Tool nicht nur auch über den Wahltag hinaus weiterhin anbieten, sondern uns, ganz im Sinne des Konzeptes "Mitmach-Partei", auch anderweitig für Bürger öffnen, die politisch interessiert sind, jedoch nicht Mitglied in einer Partei sein wollen.

Ihre Mitmach-Möglichkeiten im Überblick:

- Bürger-Antrag: Über fdp-winsen.de/buergerantraege/
- Telefon-Hotline: (04171) 54 6 99 66
- E-Mail: antraege@fdp-winsen.de

Wenn Sie unseren Newsletter abonnieren, erhalten Sie nicht nur aktuelle Informationen zum politischen Geschehen in Winsen, sondern werden auch zu unseren Veranstaltungen eingeladen. Gehen Sie dazu einfach auf fdp-winsen.de/newsletter

Besuchen Sie uns auch gern persönlich! Zum Beispiel in den Wochen vor der Wahl am Wahlkampfstand vor dem Rathaus - oder bei unserem Stammtisch, dem

“Liberalen Donnerstag”

**an jedem 1. Donnerstag des Monats um 19.30 Uhr im “Laterna”
in Winsen!**